

An die  
Damen und Herren des  
Haupt- und Finanzausschusses

## **Informationsvorlage**

zu TOP 5 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21. April 2005

### **Kommunaler Bürgerhaushalt**

Von der jährlichen Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan sind Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde direkt oder indirekt betroffen. Deshalb eignet sich der Haushaltsplan besonders als Ausgangspunkt für den Dialog mit den Bürgern. Trotzdem ist das Interesse am Zustandekommen der Haushaltssatzung eher gering. Das liegt u.a. daran, dass ein so komplexes Zahlenwerk für die Bürger „ein Buch mit sieben Siegeln“ ist. Dies äußert sich u.a. auch darin, dass von der Regelung des § 80 Abs.3 Gemeindeordnung n.F., wonach Einwohner oder Abgabepflichtige in einer Frist von mindestens 14 Tagen gegen den Entwurf Einwendungen erheben können, in der Praxis bisher sehr selten Gebrauch gemacht wurde.

#### **1. Das Modellprojekt**

Das Land Nordrhein-Westfalen, die Bertelsmann-Stiftung und sechs Kommunen haben deshalb von November 2000 bis Sommer 2004 in einem Modellprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ ([www.buergerhaushalt.de](http://www.buergerhaushalt.de)) den Versuch unternommen, neue Wege der Bürgerbeteiligung bei der Haushaltsaufstellung zu gehen. Folgende Kommunen waren an dem Projekt beteiligt:

|                   |         |           |
|-------------------|---------|-----------|
| 1. Castrop-Rauxel | 79.000  | Einwohner |
| 2. Emsdetten      | 35.000  | Einwohner |
| 3. Hamm           | 181.000 | Einwohner |
| 4. Hilden         | 56.000  | Einwohner |
| 5. Monheim        | 43.000  | Einwohner |
| 6. Vlotho         | 21.000  | Einwohner |

Oberstes Ziel des Projektes war es, Demokratie zu fördern und Bürgernähe zu schaffen. Darüber hinaus sollte das eher „trockene“ Thema Haushalt den Bürgern durch eine attraktive Informationsphase und zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit näher gebracht werden.

Im Modellprojekt wurden zunächst drei zentrale Bausteine zur Verfahrensgestaltung definiert:

##### **1.1 Information**

Grundvoraussetzung für eine Diskussion über Finanzthemen zwischen Rat/Verwaltung und Bürgerschaft sind aussagekräftige Informationen. Es soll dargestellt werden, woher das Geld kommt und wofür es verwendet wird. Außerdem müssen die finanzielle Gesamtsituation und die Auswirkungen auf die Zukunft dargestellt werden. Ziel ist es, die komplexe Thematik so zu gestalten, dass auch „Haushaltslaien“ in der Lage sind, einen Überblick über die Finanzsituation zu gewinnen.

Geeignete Instrumente der Bürgerinformation sind:

- Haushaltsbroschüre
- Internet
- Informationsfahrten und –rundgänge
- Infostände
- Flyer, Zeitungsanzeigen
- Vorträge

## **1.2 Konsultation**

Die Konsultation ist der Kernbaustein des Bürgerhaushalts. Hier sollen Bürger von Rat und Verwaltung in Diskussionen und konstruktiven Gesprächen „angehört“ werden. Die Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, Meinungen und Vorschläge zu den Haushaltsschwerpunkten vorzubringen. Die Ergebnisse dieser Konsultation werden in die Rats- und Ausschussberatungen zum Haushaltsentwurf eingebunden. Die letztendliche Entscheidung über diese Vorschläge verbleibt natürlich beim Rat.

Die wichtigsten Konsultationsinstrumente sind:

- Veranstaltungen, Foren
- Schriftliche Befragungen
- Internet, Interviews etc.

## **1.3 Rechenschaft**

Die Rechenschaftslegung dient der nachhaltigen Akzeptanz des Bürgerhaushalts. Die Bürger sollen Haushalts- und Ausschussentscheidungen (wie, warum) nachvollziehen können. Es muss deutlich werden, wie mit Vorschlägen und Anregungen der Bürger umgegangen wurde. Darüber hinaus sollen Zielerreichung und Leistungsverhalten regelmäßig dargelegt werden. Die Rechenschaft kann in unterschiedlicher Form erfolgen:

- Bürgerbrief
- Bürgerforum
- Flyer oder Haushaltsbroschüre des Folgejahres
- Internet, lokale Medien

## **1.4 Kosten**

Die Sachkosten betrugen in den Modellkommunen zwischen 0,07 – 0,50 €/Bürger.

## **1.5 Ergebnisse des Modellprojektes**

Alle beteiligten Kommunen haben im Rahmen des Projektes ihre jährlichen Haushaltsdaten in aufbereiteter Form im Internet präsentiert, eine Haushaltsbroschüre erstellt, Haushaltsumfragen und Bürgerforen durchgeführt und letztlich die Ergebnisse entsprechend dokumentiert.

Die Resonanz auf den kommunalen Bürgerhaushalt war bei den Bürgern der beteiligten Modellkommunen positiv. Befragungen ergaben z.B., dass sich 70 % der Befragten durch eine Haushaltsbroschüre gut bis sehr gut informiert fühlten. Ebenso hielten über 70 % Veranstaltungsteilnehmer die Informationen zum Bürgerhaushalt für wichtig und wollten weiterhin auf dem Laufenden gehalten werden.

Auch die Politik sieht in dem Bürgerhaushalt die Chance, Transparenz über den Haushalt herzustellen bzw. im Dialog mit den Bürgern mehr Akzeptanz für unpopuläre Sparmaßnahmen zu schaffen.

Letztlich sehen auch die befragten Verwaltungen vor allem die Chance, die Bürger für den städtischen Haushalt zu interessieren. So hat man auch die Erfahrung gemacht, dass Haushaltsfragen durchaus allgemein verständlich dargestellt werden können.

## **2. Der Bürgerhaushalt nach Abschluss des Modellprojektes**

Seit Beendigung des Modellprojektes wird der Bürgerhaushalt in fünf der sechs Modellkommunen fortgeführt. Die Stadt Monheim hat den Bürgerhaushalt nach Beendigung des Projektes aufgrund mangelnder Resonanz (30-50 Personen im Bürgerforum nach 2.000 Einladungen), zu hoher Kosten und Arbeitsüberlastung (Einführung NKF) nicht fortgeführt. In der Stadt Hilden wird das Bür-

gerforum durchschnittlich von über 100 Personen besucht (nach Versendung von 2.000 Einladungen).

Die Stadt Kaarst erstellt ebenfalls einen Bürgerhaushalt. Die Resonanz auf den aktuellen Bürgerhaushalt 2005 war in den durchgeführten Bürgerforen jedoch äußerst gering. Eine ähnlich negative Erfahrung hat die z.B. die Stadt Bonn Anfang April im Rahmen der Aufstellung des Bürgerhaushalts 2006 gemacht. Hier hat sich gezeigt, dass das Interesse an den finanzwirtschaftlichen Zusammenhängen in einer Kommune offenbar aufgrund der fehlenden unmittelbaren Betroffenheit eher gering ist.

Eine Auswertung der zur Verfügung stehenden Informationen ergab, dass zur Zeit z.B. in den Städten Dormagen, Grevenbroich, Neuss, Willich, Ratingen, Mettmann und Velbert keine Bürgerhaushalte o.ä. erstellt werden. Vielfach werden jedoch für die Bürgerinnen und Bürger finanzwirtschaftlich bedeutende und interessante Daten in aufbereiteter Form im Internet präsentiert.

Dieter Spindler